



Luzern, 22. Januar 2010

Pressereferat 22. Januar 2010 Priska Lorenz

Wir werden fünf Vorstösse in vier Bereichen der Abbaumassnahmen im Bildungs- und Kulturdepartement einreichen, da die Auswirkungen dieser Sparmassnahmen nicht tragbar sind. Die vier Bereiche sind die Folgenden:

Sonderschule / LogopädInnen:

Wir fragen in einer Anfrage nach den Auswirkungen des Abbaus von Sonderschulplätzen. Die Begründung der Regierung, bei den sprachbehinderten Lernenden am meisten zu sparen, da bei diesen das Wachstum am grössten sei, ist unlogisch. Gerade dort wo ein Wachstum stattfindet sollte investiert statt abgebaut werden. Gleichzeitig wird der Staatsbeitrag an die privat tätigen Logopädinnen und Logopäden gestrichen, welchen den Abbau bei den Sonderschulen zumindest ein wenig hätten abfedern können.

Fachmittel- und Kantonsschulen:

In einem Postulat fordern wir den Verzicht auf die sogenannte „Optimierung der Klassen an Fachmittelschulen und Kantonsschulen“. Die Auswirkungen: Grössere Klassen, nicht mehr genügend Ausbildungsplätze an den Fachmittelschulen und vermehrter Aufwand für die Mittelschullehrpersonen, die schon jetzt im schweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich entlohnt werden. Zudem mag eine Klassenoptimierung in der Theorie aufgehen, in der Praxis aber wohl an der Organisation scheitern.

Wir wollen die geplante Erhöhung des Schulgeldes und der Elternbeiträge an Instrumentalunterricht an Kantonsschulen mit einem weiteren Postulat verhindern. Dies ist keine eigentliche Sparmassnahme sondern eine reine Kostenüberwälzung an die Eltern. Die Chancengerechtigkeit und der Zugang zu den Gymnasien werden damit weiter verschlechtert.

Tertiäre Bildung:

Mit der Senkung der Staatsbeiträge an die Uni Luzern, die Hochschule Luzern und die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz wird die Entwicklung der tertiären Bildung im Kanton Luzern gebremst. Der Aufbau der Hochschulen und damit das Ausgabenwachstum ist aber politisch gewollt und abgesegnet. Zudem werden andere Konkordatskantone mitziehen, ihre Beiträge an FH und PHZ ebenfalls kürzen und damit den Spardruck weiter erhöhen. Wir akzeptieren diese Schwächung der tertiären Bildung nicht, und fordern in einem Postulat den Verzicht auf diese Massnahme.

Denkmalpflege:

Auch die geplante Senkung der Beiträge an die Denkmalpflege lehnen wir klar ab. Zusammen mit den sinkenden Beiträgen vom Bund hat dies einen starken Leistungsabbau zur Folge, welche der Regierungsrat in der Botschaft lapidar kommentiert; es müsse vermehrt mit Schäden an Baudenkmalern und Ortsbildern gerechnet werden. In einem Postulat verlangen wir die Streichung dieser Position aus dem Sparpaket.

Zusammenfassend befürchten wir durch diese Massnahmen einen gravierenden Bildungsabbau. Diesen akzeptieren wir nicht und fordern mit den Vorstössen den Verzicht darauf.

Priska Lorenz